

Jens Oboth:

Pax Christi Deutschland im Kalten Krieg 1945–1957

Gründung, Selbstverständnis und »Vergangenheitsbewältigung«, Paderborn 2017.

(Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 131)

Die katholische Friedensbewegung Pax Christi ging aus einem »Gebetskreuzzug für die Bekehrung Deutschlands« hervor, der im Herbst 1944 von Laien im Milieu katholischer Résistance-Kämpfer gemeinsam mit dem französischen Bischof Pierre Marie Théas auf den Weg gebracht worden war. Seinen Initiatoren und bald auch deutschen Anhängern ging es nicht nur um die weltweite Verbreitung der katholischen Friedenslehre und die Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Sie verstanden Pax Christi vielmehr als eine umfassende geistliche Erneuerungsbewegung, mit deren Hilfe die europäischen Nachkriegsgesellschaften wieder auf ihre christlichen Wurzeln zurückgeführt werden sollten. Dies geschah durch die Konzentration auf das Gebet, während unter praktischer Friedensarbeit die Durchführung von internationalen Wallfahrten und Friedenstagungen verstanden wurde. Das Kreuz Christi wurde dabei zu einem Protestsymbol sowohl gegen eine so empfundene fortschreitende Entchristlichung Europas als auch gegen den sich verschärfenden Ost-West-Konflikt. Damit kam es zu einer Wiederaneignung durch Neucodierung traditioneller theologischer wie volksfrommer Elemente, die, trotz des betont unpolitischen Charakters der Gebetsbewegung, eine politische Absicht, z. B. die Reintegration Deutschlands in eine künftige europäische Völkergemeinschaft, zum Ausdruck bringen konnten.

Lassen sich bald nach Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen erste Pax-Christi-Gruppen ausmachen, trieben ab 1947 jugendbewegte katholische Laienvereinigungen den systematischen Aufbau eines deutschen Zweiges voran. Schwerpunktregionen bildeten dabei das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Bevor es im Jahre 1949 zum Bruch zwischen dem deutschen Zweig und der französischen Generalleitung aufgrund von Organisationsproblemen kam, konnte Pax Christi in Deutschland einen großen Aufschwung verzeichnen. Dabei fand der deutsche Zweig bei kirchlichen Gruppen unterschiedlichster geistiger wie kirchenpolitischer Ausrichtung Anklang, was seiner Leitung ein hohes Maß an Integrationsbereitschaft abverlangte. Neben konservativen Vertretern eines »christlichen Abendlandes« sahen auch Anhänger eines Christlichen Sozialismus in der Gebetsbewegung die Chance, geistigen Einfluss auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu nehmen. Allen Gruppierungen gemein war die Prägung ihrer Mitglieder durch die katholische Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit sowie die Liturgische Bewegung.

Das zunächst starke Wachstum machte professionellere Organisationsstrukturen erforderlich, was das anfänglich charismatische Moment zunehmend zurückdrängte und zu internen Richtungskämpfen führte. Die durch Papst Pius XII. 1950 geschaffenen neuen organisatorischen Grundlagen für die Pax-Christi-Bewegung zogen ihre »Verkirchlichung« nach sich: Das bislang stark ausgeprägte Laienengagement wurde einer straffen klerikalen Führung unterstellt. Allerdings eröffnete dies der gesamten Bewegung die Möglichkeit, zu breiterem gesellschaftspolitischen Einfluss zu gelangen. Mit den Schlagworten »Gebet«, »Studium« und »Aktion« wurden ab dem Jahr 1951 die Voraussetzungen für eine wissenschaftlich-interdiszi-

plinäre Friedensarbeit geschaffen und Anschluss an höhere Bildungsschichten gesucht. Dem so gewonnenen neuen Handlungsspielraum und den damit verbunden Hoffnungen auf weiteres Wachstum an Mitgliedern und gesellschaftspolitischer Einflussnahme, setzte 1950 der Korea-Krieg Grenzen. Als Bundeskanzler Adenauer sich für die Wiederbewaffnung aussprach und der deutsche Episkopat seiner Linie folgte, kam es im deutschen Zweig, der wie jeder nationale Zweig von einem Bischöflichen Präsidenten angeführt wurde, zu internen Loyalitätskonflikten. Um politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Verdächtigungen des politischen Nonkonformismus bzw. einer kommunistischen Unterwanderung zu begegnen, wurden interne oppositionelle Stimmen durch die Leitung unterdrückt. Dies zog parteipolitische Entfremdungsprozesse selbst bei führenden Vertretern nach sich. Der drohenden Stigmatisierung und Marginalisierung versuchte man durch ein übersteigertes Elitebewusstsein sowie mit einer deutlichen Abgrenzung von nichtkirchlichen Friedensorganisationen zu begegnen. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wurde den deutschen Pax-Christi-Vertretern dadurch erleichtert, dass von der französischen Seite kein zuvor abgelegtes Schuldbekenntnis eingefordert wurde. Stattdessen ermöglichte die Fokussierung auf die gemeinsame Katholizität, dass die Deutschen aus ihrer nationalen Schuldgeschichte heraustreten und im Strom einer internationalen Lourdes-Pilgerschaft aufgehen konnten.

Mit diesem Vertrauensvorschuss machte sich der deutsche Zweig zunächst zum Anwalt deutscher Kriegsgefangener, aber auch mutmaßlicher NS-Verbrecher. Im Bau des Bühler Friedenskreuzes kam dieser Versöhnungsprozess symbolisch zum Ausdruck. Erst mit dem 1953 in Bordeaux eröffneten Oradour-Prozess wurden Initiativen erkennbar, auf die ausländischen NS-Opfer zuzugehen und stärkeren Einfluss auf bundesdeutsche Politiker in erinnerungspolitischen Fragen zu nehmen. Im Protest gegen das Ordensgesetz von 1956 und in den frühen Plädoyers für eine deutsch-polnische Aussöhnung zeigten sich im Pax Christi-Zweig erste Anzeichen einer Politisierung, so dass für ihn die 1950er Jahre zur »Sattelzeit« hinsichtlich eines kritischen Umgang mit der deutschen Vergangenheit wurden. Der damals einsetzende Lernprozess machte den vielfältigen praktischen Einsatz seiner Mitglieder für überlebende NS-Opfer in den 1960er Jahren erst möglich.